



HESSISCHER LANDTAG

18.12.2025

Kleine Anfrage

**Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD),
Dimitri Schulz (AfD) vom 27.06.2025**

**Zukunft der Continental-Standorte Karben und Babenhausen, sowie
die Auswirkungen der Gründung der Aumovio AG auf Wirtschaft
und Arbeitsplätze in Hessen**

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Vorbemerkung Fragesteller:

Die angekündigten Schließungen der Continental-Werke in Karben und Babenhausen betreffen zahlreiche hessische Arbeitsplätze und stellen die betroffenen Regionen vor wirtschaftliche und soziale Herausforderungen. Gleichzeitig steht mit der Ausgründung des neuen, eigenständigen Unternehmens Aumovio eine Neuausrichtung der bisherigen Automotive-Sparte von Continental bevor. Vor diesem Hintergrund ergeben sich Fragen zu den Gründen der Standortschließungen, dem Umgang der Landesregierung mit der Situation und dem direkten Einfluss der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wie den Industriestrompreis, den regulatorischen Vorschriften für Industrieunternehmen in Hessen wie CSRD und den aktuellen klimapolitischen Vorgaben auf die Hessische Automobilindustrie.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage, im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat wie folgt:

Frage 1 Welche Gespräche hat die Landesregierung bisher mit der Geschäftsleitung von Continental oder Aumovio bezüglich der Werkschließungen in Karben und Babenhausen geführt, und wie bewertet sie die bisherigen Ergebnisse? Bitte Datum, Namen und Funktion der Gesprächspartner und Gesprächsinhalte detailliert auflisten

Die Entscheidungen bezüglich der Schließungen der Continental-Werke in Karben und Babenhausen wurden bereits im September 2020 veröffentlicht. Eine Einflussnahme der heutigen Landesregierung war im Hinblick auf die nun eingetretenen Folgen dieser Entscheidungen also nicht möglich. Sie bedauert die seinerzeitigen Entscheidungen des Konzerns.

Frage 2 Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die tatsächlichen Gründe für die Schließungen der Continental-Standorte in Karben und Babenhausen, insbesondere im Hinblick auf die Rolle politischer Vorgaben wie des hessischen Klimaschutzgesetzes und CSRD, steigender Energiekosten und anderer regulatorischer Belastungen wie zum Beispiel das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz??

Die im Jahr 2020 getroffene Entscheidung wurde nach Kenntnis der Landesregierung strategisch begründet.

Frage 3 Inwieweit hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob die Entscheidung zur Schließung der Continental-Werke in Hessen und die Verlagerung von Produktionskapazitäten in die USA (z.B. Culpeper, Virginia) ausschließlich auf die augenblickliche Zollpolitik der USA zurückzuführen ist, oder ob nach Einschätzung der Landesregierung andere Gründe – wie etwa heimische Regulierungen, Energiekosten oder strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie – eher wahrscheinlich oder ebenfalls ursächlich sind? Bitte die Einschätzung der Landesregierung ausführlich schildern mit Bezug auf die oben genannten, möglichen Gründe.

Der Landesregierung liegen keine Informationen vor, dass Continental in letzter Zeit eine Verlagerung von Produktionskapazitäten in die USA vorgenommen hat, die direkt auf die Zollpolitik der USA zurückzuführen wäre. Das Wiederhochfahren der Produktion des im Januar geschlossenen Werks in Culpeper, Virginia, wird von Continental aktuell noch geprüft.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Frage 4 Wie bewertet die Landesregierung die von Continental angekündigte und zum Teil schon durchgeführte Verlagerung von Investitionen und Arbeitsplätzen ins Ausland, während in Hessen Standorte geschlossen werden? Bitte Antwort ausführlich begründen.

Die Verlagerung der Produktion von Continental erfolgte überwiegend ins osteuropäische Ausland (Tschechien, Ungarn, Rumänien, Litauen). Zudem wurde ein neues Werk in Mexiko eröffnet.

Die Landesregierung bedauert die Verlagerung von deutschen und hessischen Arbeitsplätzen ins Ausland und arbeitet für die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung in Hessen und Deutschland.

Frage 5 Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen der Standortschließungen auf die regionale Wirtschaft in der Wetterau und im Kreis Darmstadt-Dieburg, einschließlich der Zulieferbetriebe und des Mittelstands?

Die Sozialpartner haben Vereinbarungen getroffen, um den Stellenabbau möglichst sozialverträglich zu gestalten. Es wurde ein Härtefallfonds geschaffen und Abfindungsregelungen für ältere Mitarbeiter vereinbart. Zudem wurde eine Transfergesellschaft gegründet, die einen Großteil der Mitarbeiter in neue Beschäftigungen vermitteln konnte.

Die Landesregierung setzt sich – in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und den Transformationsnetzwerken – dafür ein, den Stellenabbau, der mit der Einstellung der Produktion einhergeht, weiterhin sozialverträglich zu gestalten und eine Weiterbeschäftigung in der Region zu sichern.

Frage 6 Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung von Continental, die Autozuliefersparte als Aumovio mit Hauptsitz in Frankfurt auszugründen, und welche Auswirkungen erwartet sie für den Industriestandort Hessen?

Frage 7 Welche Informationen liegen der Landesregierung zu den Plänen von Continental/Aumovio bezüglich künftiger Investitionen oder Arbeitsplatzschaffung am neuen Hauptsitz in Frankfurt und in ganz Hessen vor?

Frage 8 Wie bewertet die Landesregierung den Trend in der Industrie, dass – wie bei Aumovio – der Standort Frankfurt ein reiner Verwaltungs- und Entwicklungsstandort sein wird und die Produktion und somit die Wertschöpfung ins Ausland verlegt wird und als Konsequenz weniger Arbeitsplätze in Hessen verbleiben?

Die Fragen 7 bis 8 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Wahl Frankfurts als Hauptsitz von Aumovio spricht für die Attraktivität und den dauerhaften Bestand des Industriestandorts Hessen und wird daher von der Landesregierung prinzipiell begrüßt. Gleichzeitig erwartet die Landesregierung von Aumovio, dass das Unternehmen Wertschöpfung und Beschäftigung in Hessen zumindest hält. Das gilt insbesondere für die industrielle Fertigung.

Konkrete Zahlen zu geplanten Investitionsvolumina oder der Schaffung von Arbeitsplätzen in Frankfurt oder Hessen liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 9 Wie bewertet die Landesregierung den Verdacht, dass die Ausgründung der Automotivsparte von Continental ausschließlich deshalb erfolgte, um die Produktion und die dazugehörigen Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern?

Der Landesregierung beteiligt sich diesbezüglich nicht an Spekulationen.

Frage 10 Welche Risiken sieht die Landesregierung langfristig für die hessische Wirtschaftsentwicklung, wenn der Trend hessischer Unternehmen zur Verlagerung von Produktion, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen ins Ausland weiter anhält?

Die hessische Industrie steht vor massiven Schwierigkeiten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Exemplarisch sind hier zu nennen:

1. Eine aggressive Marktpenetrationsstrategie chinesischer Staatsunternehmen, welche häufig auf unlauterem Wettbewerb basiert.
2. Eine erratische Zollpolitik, welche die Freihandelsordnung der Weltwirtschaft in Frage stellt und somit auch und gerade der hessischen, exportorientierten Industrie Schwierigkeiten bereitet.

3. Hohe Energiekosten, die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelöst wurden.
4. Enorme Belastungen durch unnötige Regularien und Bürokratie, die oft industrie- und arbeitspolitikfeindlich sowie praxisfern sind.
5. Der Umstand, dass in Hessen zwischen den Jahren 2014 und 2024 keine dezidierte Industriepolitik betrieben wurde.

Die Landesregierung wird alles in ihrer Macht stehende tun, um eine starke Automobilindustrie sowie alle weiteren Unternehmen in Hessen und Deutschland zu erhalten.

Wiesbaden, 1. Dezember 2025

Kaweh Mansoori